

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage), Verantwortlicher Redakteur für den Teil Ostales und Provinzialteil Reichs. Dreifacher, für die Ankerate Rudolf Kohnsli, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Volkenber, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Volkesstimmen vierteljährlich 2,70 M., ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — 3. Jahrgang gebührt: Die Zeitg. Monatshefte 25 Pfennig, Ankerate 2, auswärts 25 Pfennig, im Reichsteil 25 Pfennig, Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 41.

Nr. 226. Halle, Montag den 30. September 1918. 2. Jahrgang.

## Zur inneren Lage

### Hertling wieder im Hauptquartier.

Der Reichsführer hat sich am Sonntagabend ins große Hauptquartier begeben. Doch dies nicht nur zur Besprechung der äußeren, sondern auch der inneren Lage geschieht, unterliegt keinem Zweifel. Die Klärung der inneren Lage wird nun nicht länger auf sich warten lassen. Ob sie im Sinne eines völligen Systemwechsels, der unbedingt notwendig ist, erfolgen wird, mag allerdings bei der Meinung im Hauptquartier, dem Verhalten des Grafen Hertling und vor allem dem Verhalten des Zentrum und der Nationalliberalen nicht zu hoffen.

Ein Zentrumslager erhält laute Klänge, die unbedingte Forderung der Befähigung des Grafen Hertling sei ein leitendes Ziel für das Zentrum; das Zentrum könne die Mitarbeit der Sozialdemokratie nicht um den Preis des Verzichts auf seine Grundüberzeugungen. Das wäre gegen die Ehre der Partei, denn Hertling zu halten sei ihr ein Ehrenpunkt. Und ebenso sei es Ehrenpflicht für das ganze deutsche Volk, sich nicht vom Feinde eine andere Regierungsform aufzwingen zu lassen. Damit könnten wir den Frieden doch nicht erreichen. Geden wir nach, hätten wir keine Ehre mehr, und das wäre das Ende. Das sind in der Tat traurige und unwürdige Wortspielereien. Geht sich Deutschland jetzt eine parlamentarische Regierung, so tut es das weder, um von den Feinden den Frieden zu erzwingen, noch um eine Forderung der Alliierten zu erfüllen. Die Pflicht geht vielmehr lediglich dahin, der deutschen Ratgeber neuen Schwung zu verleihen und den Feinden ein moralisches Kampfmittel zu rauben, mit dem sie jetzt ihre Willkür in eine mehr Kreuzungsbildung eingeeicht haben. Und das so profane als dem Spiele steht, mit feindseligen Berechnungen ankommen, ob das Zentrum mehr verliert oder die Sozialdemokratie mehr gewinnt, ist doch nicht möglich. So leicht läßt das Gebot der Ehre nicht fallen.

Als, was zur Begründung der sozialdemokratischen Mindestforderungen gegenüberüberhaupt zu sagen nicht ist, daß die überdeutliche Allgemeine Zeitung in ihrem Sonntagsausfall in die Worte aufgenommen:

Diese Wege — die neuen Wege nach vorn — mögen manchem nicht gefallen, aber niemand kann das wehnen, was man allzu spezialisiertem Parlamentarisierung und Demokratisierung nennt, und was hoch im Grunde nichts anderes ist als eine notwendige Form unserer Zeitgenossen: die Disposition der Freiheit im Krieg sind abgeklammert; die Wölfer stehen auf den Schanzen.

So ist es! Das ganze Volk muß auf die Schanzen und muß sich begehen für den eigenen Staat und die eigene Regierung klagen. Wenn nicht die feindliche Sturmflut den Damm durchbrechen soll. Die Zeit ist reif, Deutschlands letzten Krampf auszuatmen. Wege dem, der die Zeichen der Zeit bekennt! Es handelt sich nicht um Vorzüge oder Nachteile der parlamentarischen Regierungsweise, sondern um die Not, die mächtiger ist als das alte Gesetz.

Die Sozialdemokratie kann weniger als je jetzt daran denken, die Verantwortlichkeit der nationalen Vertretung zu übernehmen. Aber Verantwortung für ihre glückliche Durchführung kann sie nur übernehmen, wenn auch die richtigen politischen Mittel angewandt werden, um sie zu befähigen. Die bestehenden Mächte sollten sich länger wehnen, daß es unabweislich ist, entschlossen zu handeln, um das Wesen der Niederlage zu vermeiden.

### Das Aktionsprogramm der Nationalliberalen.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat sich in der letzten Sitzung mit der politischen Lage beschäftigt und ist einmütig zu nachstehender Entscheidung gelangt:

Der Ernst der Zeit erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte und den Entschluß, möglichst weite Kreise auf einen gemeinsamen Boden zu bereinigen. Dieserfall stellt die nationalliberale Reichstagsfraktion folgende Richtlinien auf:

1. Innere Politik.  
a. Eine enge Verbindung zwischen Regierung und Volkswirtschaft ist herzustellen durch Eintritt weiterer Repräsentanten aus dem Bereich der Parteien in die Regierung, die bereit sind, die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte mit zu übernehmen. Zu diesem Zweck müssen die Artikel 9, 10 und 11 Absatz 2 der Reichsverfassung aufgehoben werden.  
b. Die Einheitsfront der Reichsleitung ist dadurch sicherzustellen, daß eine flächendeckende Beteiligung der Staatsverträte an der Führung der Geschäfte und an der Gesamtpolitik gewährleistet und durch geeignete organische Einrichtungen, insbesondere durch gemeinsame Sitzungen und Besprechungen, gesichert wird. Auch hinsichtlich der Reichsleitung und den beteiligten Reichsbehörden muß eine Einheitsfront hergestellt werden.
2. Wir verlangen eine politische und wirtschaftliche Anforderungen der Zeit entsprechende durchgehende Reform des Auswärtigen Amtes und des auswärtigen Dienstes.
3. Wir erwarten eine schleunige Regelung des preußischen Staatsbankrott durch ein Reichsgesetz zu erfolgen, dessen Regelung beim Wiederauftritt des Reichstages wir erwarten.
4. Die Regelung der Staatsform von Elsaß-Lothringen ist eine innerdeutsche Angelegenheit, die Entscheidung ist selbst zu treffen.

8. In den besetzten Gebieten des Ostens soll die militärische Verwaltung in eine Zivilverwaltung überleitet werden. Die staatlichen Einrichtungen dieser Gebiete sind derzeit auszubauen, daß allen Kreisen der Bevölkerung die Beteiligung offensteht.

2. Außenpolitik.  
1. Wir erklären, in Übereinstimmung mit der Reichsleitung und der obersten Exekutive, daß wir einem Frieden mit unseren Feinden auf der Grundlage der Unverletzlichkeit des Reichsgebietes und der Aufgabe der deutschen Kolonien zustimmen. Die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Belgiens erfordert die Sicherung einer wirklichen Neutralität und die Wahrung des kulturellen und innerpolitischen Selbstbestimmungsrechts des flämischen Volkes.  
2. Die durch die Friedensverträge mit Ausland festgestellte Lösung der belgischen Angelegenheiten, die dem Willen ihrer Völker entspricht, bildet die Grundlage für ein wirtschaftliches Zusammenwirken und für die gegenseitige Sicherung beider Staaten und des Deutschen Reiches. Eine den Wünschen beider Teile entsprechende enge politische, wirtschaftliche und militärische Verbindung des Baltischen Landes und Situations mit Deutschland ist selbst durchzuführen. Der Friedensvertrag darf diese Ergebnisse nicht gefährden.  
3. Wir treten ein für die tatkräftige Beteiligung Deutschlands an jeder einen dauernden Frieden fördernden zwischenstaatlichen Vereinbarung. Daher begrüßen wir den Gedanken des Völkerbundes, der künftige Kriege durch ständige Schlichtungsorgane sowie durch gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen verhüten soll.  
Die „Nichtlinien“ folglich:  
Jeder Wirtschaftskrieg muß ausgeschlossen sein. Mit einem Völkerbund ist er ebenso unvereinbar wie irgendeine Verschärfung der Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere.

In der in Punkt 1 des innerpolitischen Programmteiles enthaltenen Forderung der Streichung zweier Weltimnungen der Reichsverfassung liegt die Bemerkung:

Der 2. Satz des Artikels 9 ist die bekannte Bestimmung: „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstages sein.“  
Der 2. Absatz des Art. 11 lautet: „Wenn ein Mitglied des Reichstages ein belohntes Reichsamt oder in einem Bundesamt ein belohntes Staatsamt annimmt oder im Reichs- oder im Staatsdienst in ein Amt tritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, verliert er die Hälfte der Stimme in dem Reichstag und kann seine Stelle in demselben nur durch Nachwahl wieder erlangen.“

Das Berliner Tageblatt sagt von diesem Programm, indem es es mit dem sozialdemokratischen Bedingungen vergleicht:  
In der Frage der Einheitsfront der Reichsregierung zeigt sich zwischen beiden Erklärungen insofern ein Unterschied, als die sozialdemokratische Fraktion vor allem den Nachdruck auf die Befähigung der Demungen für die Einheitsfront legt, eine Aufstellung unverantwortlicher Rebeverierungen fordert, und die politischen Verantwortlichkeiten der Krone und der Militärbehörden dem Reichstag unterbreitet wissen wollte, während die nationalliberale Erklärung nur „eine handige Beteiligung der Staatsverträte an der Führung der Geschäfte und an der Gesamtpolitik“ fordert, aber den Weg, auf dem die Einheitsfront zwischen der Reichsleitung und den verantwortlichen Militärbehörden hergestellt werden soll, offen läßt. Wie finden, daß das nationalliberale Programm in diesen Punkten recht sachhaft

ist. Ebenso wollte die Sozialdemokratie die sofortige Beendigung der Verarmung und der Verschlechterung, während die nationalliberale Fraktion sich damit begnügt, ein Rechtsgesetz zu fordern, durch das die Genur und das Beschlagnahme-recht geregelt werden soll. Feindselige Unterschiede bestehen auf dem Gebiet der preußischen Wahlreform und der künftigen Gestaltung von Elsaß-Lothringen. Die Sozialdemokratie sagt, was sie will, die Nationalliberalen dagegen erklären nur, daß an den heutigen Zuständen geändert werden müsse; sie lassen aber offen, in welcher Weise das zu geschehen habe. In der Forderung der Einführung einer Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten des Ostens stimmen beide Parteien überein. Aber die sozialdemokratische Forderung demokratischer Volkswahlrecht in diesen Ländern wird in der nationalliberalen Erklärung dahin abgeklärt, daß allen Kreisen der Bevölkerung die Beteiligung an den staatlichen Einrichtungen offen stehen solle.

Wären sich schon hier bestehende Auffassungen geltend, so sind die Gegensätze auf dem Gebiet der Außenpolitik noch erheblich schroffer. Nur in dem Bekenntnis zum Völkerbund sind beide Teile einig. Aber schon in der belgischen Frage gehen sie auseinander. Die Sozialdemokratie fordert die Wiederherstellung Belgiens und eine Verjährung über Entschädigung. Die nationalliberale Fraktion knüpft die Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit an die Sicherung einer wirklichen Neutralität und an die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des flämischen Volkes. Ebenso bestehen scharfe Gegensätze über das Schicksal der östlichen Mandatstaaten. Die Sozialdemokratie will in den Friedensschüssen von West-Berlin und Putzart im Vordergrund die nationalliberale Friedenspolitik sehen. Umgekehrt geht die nationalliberale Fraktion von diesen Friedensverträgen aus und fordert die baldige Durchführung einer enger politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verbindung des Baltischen Landes und Situations mit Deutschland. Der Friedensvertrag darf diese Ergebnisse nicht gefährden.

Wir haben, schließt das Berliner Tageblatt seinen Bericht, uns im wesentlichen mit dem sozialdemokratischen Mindestprogramm umherdrehen erklären können, wenn es auch nach unserer Meinung manche sehr wichtige und bringende Fragen nicht berührt. Daraus ergibt sich bereits, daß uns die nationalliberale Nichtlinie für die neue Reichsregierung und die künftige Reichstagsmehrheit in der Sache als genügend erscheinen können. Selbst wenn in der Note beide Erklärungen auf eine parlamentarische Einigung der Reichsregierung — das Wort selbst wird nicht gebraucht — hin abzielen, so gehen sie doch sehr erheblich in den Aufgaben auseinander, der parlamentarischen Regierung gestellt werden sollen. Von einer einheitlichen Reichsregierung, von der die nationalliberale Fraktion gebären würde, kann deshalb in gegenwärtigen Augenblick nicht die Rede sein. Und wie will man über die Widersprüche hinwegkommen, die zwischen den nationalliberalen Kriegszielen und den Ideen der Linen auch jetzt noch bestehen? Durch solche Gegensätzlichkeit würde natürlich die Aktionsfähigkeit jeder Regierung von vornherein geschwächt.

Mit Recht nennt daher der Nordwärts das nationalliberale Aktionsprogramm eine Halbheit. Die Frage des Systemwechsels wird überhaupt nicht berührt. Und vor allen Dingen zeigt das außenpolitische Programm keinen Bruch mit den imperialistischen Tendenzen. Die Friedensresolution vom 10. Juli ist überhaupt nicht erwähnt, ebensowenig die Frage der Reichsentschädigungen. Mit diesem Programm könnten die Nationalliberalen zwar mit dem Reichstagler schnell fertig werden, mit der Mehrheit des Reichstages, zum mindesten mit der Sozialdemokratie ist auf dieser Grundlage eine Einigung nicht möglich.

## Zur äußeren Lage

### Burian an der weiteren Verfolgung seines Friedensschrittes.

Haag als Ort der Friedensverhandlungen.  
Der österreichisch-ungarische Gesandtenrat in Haag hat am 25. September im Auftrag seiner Regierung dem holländischen Minister des Auswärtigen in Haag zur Kenntnis gebracht, daß Oesterreich-Ungarn großen Wert darauf lege, daß die Hebung der Königin Wilhelmine für die Abhaltung von Verhandlungen über die Note der 1. d. Regierung vom 14. September antrag zur Verfügung gestellt würde. Auf diesen Schritt hat der holländische Minister des Auswärtigen dem Grafen Colloredo folgende Antwort erteilt:  
Die holländische Regierung hat sich bei der Aufrechterhaltung ihrer Neutralität nicht durch eigene Interessen leiten lassen, sondern es war von Beginn des Krieges an ihre Pflicht, ihre neutrale Stellung der Weltöffentlichkeit gegenüber den Kriegführenden demüber zu machen. In Übereinstimmung mit diesen unabweislich nur ihr befolgenden Richtlinien ist es der holländischen Regierung gelungen, zu erklären, daß ihre Neutralität die Äußerung ist zu jeder Zeit glänzend geblieben, die Weltöffentlichkeit ihrer Haltung zur Zusammenkunft zur Verfügung zu stellen, die beide Kriegführenden Parteien dort abzuhalten würden.  
Die holländische Regierung hat ihren diplomatischen Vertreter im Ausland telegraphisch beauftragt, die oben erwähnte Anfrage und die Antwort den Regierungen mitzuteilen, bei denen die holländischen Gesandtschaften beauftragt sind.

### England zum bulgarischen Friedensangebot.

London, 29. September. Das Reutersche Bureau erzählt, daß die englische Regierung heute dem amtlich ermächtigten Stelle ein An-

suchen Bulgariens um einen Waffenstillstand erhalten hat. Dies geschieht durchaus ohne irgendeine Beziehung der Deutschen zu diesem Gegenstande und wird als ein ernstlicher Schritt angesehen. Es wird nicht angenommen, wie aus Deutschland berichtet wird, daß dies eine Warnung von Matsumoto aus seinem eigenen Interesse sei. Das Gerücht, nicht fiktional in Wien und geht mit einem Waffenstillstand zum Zweck einer Friedensverhandlung.

Es wird betont, daß vollständig eine Antwort an Bulgarien erst nach einer Beratung unter den Alliierten folgen könne. Unter diesen Umständen steht eine amtliche Meinungsäußerung zur Sache nicht bevor, doch wird in wohlunterrichteten Kreisen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß jeder Frieden in Bulgarien eine bulgarische Beteiligung haben und Rückhalt auf die Ergebnisse in Palästina eine bulgarische Beteiligung auf die Türkei haben würde. Er würde auf die Arme von Galatzi und unter gewissen Umständen auf die Türkei wirken und die Streitkräfte in Mesopotamien und Palästina frei machen; er würde den Weg ins Schwarze Meer öffnen, denn man ist der Ansicht, daß dies eine Hauptbedingung seines möglichen Friedens mit Bulgarien sein würde. Weiterhin würde er der Bedrohung des Ostens durch Deutschland ein Ende machen, würde auch eine große Veränderung in der Lage Bulgariens bewirken und selbst geeignet sein, das Weltproblem zu lösen. Jede Bewegung Deutschlands nach Osten würde abgebrochen und Deutschland seiner besten Gelegenheit, uns in diesen Gegenden lästig zu fallen, beraubt werden.

Diese Ergebnisse würden jedoch nur durch eine vollständige Unterbrechung der politischen und militärischen Beziehungen zwischen Bulgarien und den Alliierten und durch die Befreiung der Streitkräfte zwischen Bulgarien und Oesterreich-Ungarn durch Streitkräfte der Alliierten erreicht werden können.

England verlangt also nicht nur die unbedingte Unterwerfung Bulgariens, sondern auch den völligen Herrschaft an seinen bisherigen Bundesgenossen!

Die Wogens weiter gemeldet wird, hat die Entente das bulgarische Militärlieferungsangebot abgelehnt. Dagegen hat sie sich bereit erklärt, in Beschreibungen von der Delegation einzutreten. Diese soll zu diesem Zweck an der Front ankommen und von dem Oberbefehlshaber empfangen werden. In diesem liegen verschiedene, sich einander widersprechende Angaben vor. Nach einer Mitteilung soll die Delegation Sofia überhaupt noch nicht verlassen haben, nach einer anderen soll sie bereits an der Front angekommen sein, nach einer dritten soll sie schon Verhandlungen mit dem Oberbefehlshaber gepflogen haben. So meldet ein französischer Botschaftsbeamter, daß der französische Oberbefehlshaber die bulgarischen Delegierten gesprochen und mit ihnen verhandelt habe.

### Eine Antwort an Bulgarien erst nach Beratung unter den Alliierten.

In Amsterd. 29. September. Reuters erfährt, daß die formelle Antwort an Bulgarien erst nach Unterbreitung mit den Bundesgenossen gegeben werde. Inzwischen sei der bulgarischen Regierung der allgemeine Standpunkt mitgeteilt worden. Es wird vermutet, daß die Regierung in Sofia diese Antwort abwarten werde. In der Zwischenzeit würden die militärischen Operationen fortgesetzt werden.

In Amsterd. 29. September. Die Times erklärt zu dem bulgarischen Erklären um einen Waffenstillstand: Die bulgarischen Truppen wurden von einer großen militärischen Katastrophe betroffen. Nach einer weiteren Klage über das bulgarische Ansehen drängt man sich nicht zu rufen. Es würde an Wohlstand grenzen, um jetzt ein solches Erklären in Erwägung zu ziehen. Während sie keine politische Bedeutung nicht aus dem Verhalten dürfen, ist es immer noch, ist etwas aus dem bulgarischen Verhalten herangeht, was sofort alle Beweise und weitgehenden Argumentationen beiseite stellen und sofort zu direkten Unterhandlungen übergehen müssen. Haben die Bulgaren wirklich die Absicht, ihre Bundesgenossen im Stich zu lassen gegen Bedingungen, die uns erlauben, unsere Belohnungen in der Zeit umzusetzen? Wenn das der Fall ist, dann liegt es im Interesse Bulgariens, uns sobald wie möglich davon Kenntnis zu geben. Daily News schreibt: Der bulgarische Antrag eröffnet eine Aussicht auf solche weitreichenden Möglichkeiten, daß er von uns in ernste Erwägung gezogen werden muß. Ein solcher Frieden würde so gut wie unumkehrlich den Zulassung des türkischen Reiches zur Folge haben. Er würde uns in die Möglichkeit versetzen, sofort mit dem Wiederaufbau Serbiens zu beginnen und würde vermutlich dem Kampfe in Albanien ein sofortiges Ende bereiten. Außerdem würde er die beiden alliierten Armeen von den Transportmöglichkeiten über See befreien.

### Wilson's Friedenspolitik.

Präsident Wilson hat am 27. September, am Tage der Auflegung der vierten Freitagsausgabe, in Newport gesprochen und etwa folgendes ausgeäuert:

Während der vier Kriegsjahre ist der gemeinsame Wille der Menschheit an Größe der Gesinnung und einheitlichen Standes getreten; es ist ein Völkertag geworden. Die Alliierten sind einstimmig der

Meinung, daß kein Frieden durch eine Art Kauf mit den Mittelmächten geschlossen werden kann, weil sie bereits mit ihnen unterhandelt und als Unterhändler mit anderen Regierungen beabsichtigt haben, nämlich in West-Brüssel und in Buzarest. Der Preis für einen solchen, dauerhaften Frieden ist unannehmliche Gerechtigkeit, und das unannehmliche Mittel besteht in der Wiederrück, der auf Verträge gegründet ist, die eingekauft werden müssen. Die Bildung des Bundes und die Festlegung einer Strategie sind die wesentlichsten Teile der Friedensverhandlungen selbst werden. Die Beschlüsse Stoaen sind bereit, ihren vollen Anteil an der Verantwortlichkeit für die Handhabung der Abkommen auf sich zu nehmen, auf denen der Frieden künftig beruhen muß. Es ist eine Befreiung dieses Krieges, daß während die Staatsmänner umsetzen umfassen werden, die Wälder immer gewisser wurden, wofür sie kämpften. Die nationalen Zwecke traten in den Vordergrund und das gemeinschaftliche Ziel der unterworfenen Menschheit hat ihren Platz eingenommen.

Nach weiteren Redungen hat Wilson nähere Angaben über den Völkertag gemacht. Der Präsident erklärte:

Ich gebe Ihnen diese Einzelheiten im Vertrauen, daß sie den Wünschen der Regierung entsprechen:

1. Aus der geforderten unparteilichen Gerechtigkeit ergibt sich, daß kein Unterföckertag geschlossen werden kann, wägen, die gerecht, und denen, die nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit geben, kein Geschäft, sondern ein gleiches Recht für die verschiedenen Völker.

2. Keine Spezialinteressen oder besondere Interessen einer Nation oder einer Gruppe von Nationen, die nicht vereinbar sind mit den Interessen aller, dürfen Grundlage eines Teiles der Regelung sein.

Es kann kein besonderer Vertrag oder Abereinkunft bestehen in der allgemeinen Familie des Völkertages. Es können keine besonderen verfassungsmäßigen Vereinbarungen in dem Völkertage bestehen. Es darf keine Art verfassungsmäßigen Botschafts angewendet werden, es sei denn als Strafe durch Ausschluß von dem Weltmarkt, der der Völkertag selbst als Mittel zur Disziplin anwandelt.

4. Internationale Abereinkommen oder Verträge legemeldes Art müssen vollständig verfassungsmäßig werden. Das sind Abereinkommen, mit denen man sich nur einverstanden erklären könnte, wenn nicht neben humanitären Kriegszwecken zugleich auch das Aber stünde. Wie der Mann aus Newport mitbet, hat Senator Lodge, der Präsident des amerikanischen Ausschusses des Auswärtigen, seinem Vertreter die amerikanischen Kriegsziele näher erklärt. Das Hauptkriegziel, so führt der Senator aus, ist, Deutschland für immer unmöglich zu machen, einen Krieg zu führen; außerdem müssen alle Kriegsgeldern von Deutschland bezuht werden. Der Friede müsse Deutschland bitter werden.

Der Zusammenhalt dieser Redungen ergibt, daß Deutschland erst zerstückelt, das deutsche Volk in ewige Schuldhaftigkeit gedrückt werden soll, ehe die Amerikaner daran gehen wollen, das Gebäude des Völkertages zu errichten. In einem solchen Völkertage würde aber das deutsche Volk der Sklave und darum auch der ewige Rebell sein.

überst lechzt. Der Gegner trat in geschlossenen Einheitsbeweisonen an 20 Flugzeugen auf und setzte sich sehr energigartig. Wahrscheinlich hat er Jagdverbands anderer Kommandos zumutagengekommen. Zur unsere Jagdflieger hat sich ein reiches Arbeitfeld. In Zufallsfällen von bisher nie erlebter Verfolgung brangen sie an dem Wogen an Zahl weit überlegenem Gegner meist als 2 feindliche Bombenabwerfer von 10 Flugzeugen, die Wert angreifen sollten, wurden aber über Gegend 6 Flugzeuge abgeschossen. Zur flammende Stelle konnten sich über die Front ausbreiten. Mittags hatten unsere Jagdflieger über dem Kampffeld die Luftschiffahrt vollständig genommen. Infolge der ungewöhnlichen Verhältnisse feindliche flugfähigkeit mittags meist als 2. Der Gegner wurde im Einzug seiner Luftschiffahrt vorübergehend und belagerte sich darauf, hinter seinen Linien fluchtig Sperre in allen Höhen zu fliegen. Gegenüber diesem feindlichen Verzicht von 54 Flugzeugen und 10 Ballonen sind unsere eigenen Verluste gering. Wir verloren nur 6 Flugzeuge und 7 Ballone.

### Der Krieg für See.

Berlin, 29. September. (Amstich.) Im Bergegebiet um Geland verließen unsere K-Boote 21 000 Kraftstoffartikeln. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Oesterreichischer Heeresbericht.

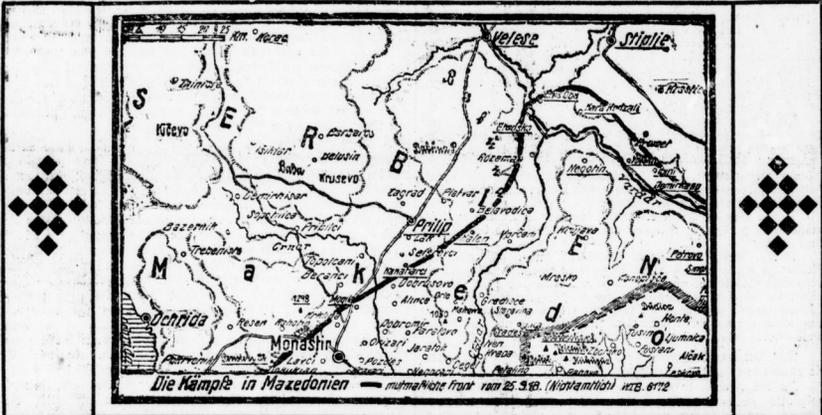
Die 28. September. Amstich wird verlautbart: In der italienischen Front feindliche nennenswerte Kampfbewertungen. Auf dem obersten Frontabschnitt sind die bulgarischen Truppen westlich des Draufines in einem von den Bulgaren übernommenen Verteidigungsabschnitt feindliche Angriffe abgeschlagen. Der Chef des Generalstabes.

### Ein amerikanischer Schwindler.

Moskau, 28. September. (R. T. M.) Amstich läßt sich R. A. B. d. e. bet. vernehmen: Die (finnische) Presse veröffentlichte lange Depeschen aus Washington, in denen ein amerikanisches Informationsbureau Dokumente veröffentlicht, die sich Herr Siffen in England beschafft hat und die beweisen sollen, daß die Kaiser-Regierung und der deutsche Arbeiter- und Bauernregierung in Rußland durchweg aus deutschen Agenten besteht. Diese Depeschen des amerikanischen Informationsbureaus haben in Sowjetrußland große Beifall hervorgerufen. Der Sowjetregierung ist die förmliche Geschichte dieser Depeschen bekannt. Im März ließ der Oberst Robins, der Vertreter des amerikanischen Rates Rußland in Rußland und gleichzeitig Vertrauensmann des Präsidenten Wilson, dem Vertreter des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten, Nadel, die Nachricht ausgeben, daß Herr Siffen notleidenden Nadelrezeptionsamt für 100 000 Rubel erhaltene Dokumente abgeben hat, die auf Oberst Robins der Einbruch mochten, als lämen sie aus dem Jrenhaus. Dasselbe teilte Robins Herrn Arthur Benson, dem Korrespondenten der Daily News mit. Einige Tage später ergrüßte Robins lachend, daß Herr Siffen umsonst 100 000 Rubel ausgeben hat, denn er konnte diese Dokumente jetzt für 10 Saper laufen, da sie schon vorher in der französischen Zeitung Petit Parisien veröffentlicht waren. Ein repräsentativer Informator Siffen, der noch im März diese Dokumente telegraphisch Wilson mitgeteilt hatte, wagte es nicht, sich zu zeigen. Jetzt, wo Amerika aus dem räuberischen Überfall auf das Sowjet-Rußland zurücktritt, schämt sich die amerikanische Regierung nicht, die geschändeten Dokumenten in Rußland zu veröffentlichen, sondern selbst, sein wahres Wort zu sein. Die amerikanische Regierung zehnt damit, daß die Leser der amerikanischen Zeitungen nicht infand sind, diese Dokumente nachzuprüfen, da sie nicht einmal wissen, welche von den in den Dokumenten genannten Personen wirklich existieren und welche nur Phantasiegebilde des Pöbels sind. Gerade die Dokumenten genannten Dokumente in Rußland zu veröffentlichen — bisher haben wir nur Auszüge — werden wir an konkreten Beispielen nachweisen, daß Herr Siffen nur ein niederträchtiger Lügner ist. Wir sind überzeugt, daß Oberst Robins es für die Pflicht eines ehrlichen Menschen ansehen wird, diese unsere Erklärung zu bestätigen.

### Politische Uebersicht.

**Landes Reich.**  
**alliberale Rundgebung für das gleiche Wahlrecht.**  
 Die Nationalliberalen haben in ihrer Rundgebung auf dem rechten Flügel der Partei. Die Rundgebung hat deshalb um so größere Bedeutung.  
 Zur Reichstagserversammlung in Berlin I.  
 Die Nationalliberalen haben beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen und den fortgeschrittenen Kandidaten zu unterstützen.  
 Das gefährliche Flugblatt.  
 In letzter Zeit, vornehmlich in Süddeutschland, ein Flugblatt Preußenherren hoch verbreitet worden, das nach den Unterföckertagen von Preußen-Runde und dem Bund der Kaiserlichen zu stammen (sich). Eingehende amtliche Feststellungen haben nach Prüfung der betreffenden Flugblätter ergeben, daß das Flugblatt gefälscht ist, und daß weder die selben genannten Vereinigungen noch die beiden Unterföckertage mit diesem Nachdruck das Geringste zu tun haben.  
 Eine Ministerliste in Meiningen?  
 In Meiningen erhält sich seit einigen Wochen Gerüchte das Gerücht, daß im Ministerium ein Personenwechsel eintreten soll. Bekanntlich hatte die Sozialdemokratie im meiningenschen Landtag in diesen Tagen einen Antrag auf Erhebung der Ministerliste in Meiningen eingebracht, die darin beabsichtigt war, eine vom Landtage nicht verfassungsgemäß verabschiedete Vorlage über die Dotierung der Räte publiziert zu haben. Die Gerüchte von dem Ministerwechsel scheinen damit in Verbindung zu stehen.  
 Das Frauenwahlrecht.  
 Das Reichstags-Bureau (Bureau des Reichstags-Bureau) Herr Reichard und andere haben der Zweiten Kammer eine Forderung des Wahlgesetzes eingebracht, die auf die Einführung des aktiven Frauenwahlrechts hinzielt. Die Antwotheller wiesen u. a. darauf hin, daß die Einführung noch bringender, unumkehrbar geworden sei, seitdem die Forderung den Frauen den Zugang zu allen repräsentativen Ämtern erlaube. In Berlin für die Einführung des aktiven Frauenwahlrechts haben sie den 1. Januar 1922 festgelegt.



### Der Krieg im Westen.

#### Deutscher Heeresbericht vom 29. Sept.

mit. Großes Hauptquartier, den 29. September. (Amstich.)  
**Westlicher Kriegsausschlag.**

Der Engländer hat im Bereich mit Belgien seine Angriffe auf Flandern ausgedehnt und gegen Cambrai fortgesetzt. Franzosen und Amerikaner stürzten erneut in der Champagne sowie zwischen den Argonnen und der Meuse an.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Von der Küste bis südlich der Eys während der Nacht heftiger Feuerkampf, der sich in den Argonnen zwischen Dismunde und Wasserberg zum höchsten Zrommelfeuer steigerte. Engländer und Belgier griffen auf der Front von südlich Dismunde bis Wasserberg an. Es gelang dem Feinde, unsere Trichterstellungen zu nehmen und teilweise in unsere Artillerielinien einzudringen. Der Angriff des Feindes kam am Nachmittag in der Linie Dismunde südlich von Dismunde-Kleren-Houtpoult-Weitrodebeere-Paschendebeere-Befelze - Jandootheer-Schloß zum Stillen. Die am Abend gegen diese Linie geführten Angriffe wurden mit Hilfe der auf dem Schloßbeere einrückenden Reserve abgewiesen. Die Höhen von Wilschloß wurden gegen mehrere Angriffe des Feindes gehalten.

#### Westlich von Cambrai hatten wir gestern früh infolge des Verlustes der Besatzungsbatterien von Marconin in den Kämpfen am 27. September unsere Front aus dem freien Gelände in eine geschwächte Stellung in der Linie Arcey-Monville und westlich von Cambrai mit festen Kanon südwestlich von Cambrai-Marcou mit Aufschlag über Gonenien an die alte Linie bei Villers Goulaun zurückgenommen. Die Bewegungen während der Nacht ungestört vom Gegner durchgeführt. Der Feind hielt am Morgen noch lange Zeit das durchgehende unter Feuer. In den Mittagsstunden begann er sich nach Süden und gegen nordwestlich und westlich von Cambrai mit festen Kanon an. Er wurde abgewiesen. Ebenfalls heftigen Angriffe, die sich am Abend gegen die Linien südlich von Marconin richteten.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Ailette und Ailette haben wir ohne feindliche Einwirkung unsere Linien unter den Oise-Niese-Raum zwischen Ailette und Chateau an der Ailette und Bourg an der Ailette zurückgenommen. Die seit Tagen vorbereitete Bewegung verlief planmäßig und ungestört vom Feinde.

#### Größere Vorkämpfe westlich der Sulpes. Zwischen Sulpes und Ailette sowie zwischen den Argonnen und der Meuse setzte der Feind letzte Nacht Angriffe fort. Sie waren gegen besonders schwer und für den Feind außerordentlich blutig. Unsere dort kämpfenden Truppen unter bewußten Stämme, die sich aus großer Überlegenheit der beiden Infanterien, die die letzten Tage an sie hatten, hervorgerufen gelagert haben, haben einen vollen Abschweifungserfolg erzielt. Der Feind, der auf der ganzen Front zwischen Sulpes und Ailette

in teilweise bis zu sechsmal wiederholten durch starke Panzergeschwader geführten Angriffen vorrückte, wurde in erbitterten Kampf zurückgeworfen. Sein einziger östlicher Erfolg gelang in der Ebnahme von Somme-Py und in Neffen geringfügigen Einrückungen unserer Abwehrfront.

In den Argonnen haben wir in vorletzter Nacht infolge des Durchdringens des Feindes in drei Linien bis in den gegen südlich von Binarville, südwestlich von Apremont, zurückgenommen. Gegen den Ostang der Argonnen und gegen die Linie Apremont-Clerge-Beulle ließ der Amerikaner in mehrfachen Angriffen unter teilweise Einrück neuer Divisionen vor. Oestliche Division konnte er bei Apremont und östlich von Clerge erzielen, wo er unsere Linie am frühen Morgen bis an den Wald von Camel und Joss zurückdrückte. Aber aus hier ließ, wie an der ganzen übrigen Front, die Angriffe des Feindes unter sehr schweren Verlusten für ihn in unserem Abwehrfeuer, in zähen Nachkampf und an weiteren erfolgreichen Gegenangriffen scheitern. Unsere Schützengräben griffen den östlich der Ailette ankommenden Feind mit großem Erfolge an. Bei den geführten Kämpfen wogten mehr als 150 Panzerwagen des Feindes zertrü.

Wir schossen gestern 32 feindliche Flugzeuge und 3 Jettelballe ab. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

### Der deutsche Abendbericht.

mit. Berlin, 29. September. 29.10.18 abends. (Amstich.)  
 Neue Kämpfe östlich von Oern. Oestliche Ränge zwischen Cambrai und St. Quentin; der englische Sturm III hier im großen Gefolge. In der Champagne und zwischen Argonnen und Meuse heftige Angriffe der Franzosen und Amerikaner bis auf östliche Einrück beiderseits Ardell abgewiesen.

#### 64 Flugzeuge an einem Tage.

Berlin, 29. September. Trotz der wenig günstigen Witterung am 28. September herrschte an der gesamten Westfront eine außerordentlich rege beiderseitige Fliegeraktivität. In zahlreichen erzielten Aufschlachten feierte die überlegene Kampfkraft unserer Jagdfliegerflieger wiederum hervorragende Triumphe. Der Gegner verlor an diesem Tage insgesamt 64 Flugzeuge und 10 Ballone. Davon wurden 48 Flugzeuge im Luftkampf abgeschossen, 6 durch Flugabwehrschüsse zum Absturz gebracht. An diesem Erfolge sind unsere bekannnten Jagdflieger wieder hervorragend beteiligt, einzelne mit mehreren Aufschlachten. Leutnant Wüchner schoß an diesem Tage 4 feindliche Flugzeuge ab und errang damit seinen 28. und 29. Lufttag. Oberleutnant Iffert errang seinen 61. und 62., Oberleutnant Dörger und 24. Nummer ihren 43. und 44., Offizierstellvertreter Dörger seinen 20., Leutnant Blume seinen 26., Leutnant Weder seinen 17. und 18., Leutnant Kleiß seinen 28. und Wisfeldwelder-Dansmann seinen 15. Lufttag. Von den 64 Flugzeugen wurden alle 20 über dem Großraumgebiet zwischen Meuse und Moselle errungen. Trotz starken Nebeneffekt und Dunkel war dort schon in den frühen Morgenstunden die eigene und feindliche Jagdflieger



